

Basel, 31. März 2011

Kurzzusammenfassung des Parlamentariergesprächs I/2011 vom 22. März 2011 in Aarau:

Teilnehmende lehnen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) des Bundes in dieser Form ab

Die Metropolitanregionen Zürich und Basel müssen im Interesse der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz politisch stärker zusammenarbeiten als sie dies bis jetzt getan haben. Dies insbesondere in den Themenfeldern universitäre Hochschulen, fiskalisch-regulatorisches Umfeld für hochproduktive Schlüsselbranchen und multimodaler Gateway Schweiz, in denen aus Sicht der Position der Schweiz im globalen Standortwettbewerb Handlungsbedarf besteht.

Als Input in diese wünschbare Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Basel und Zürich führt metrobasel – die Plattform und der Think Tank für die Metropolitanregion Basel – halbjährlich Parlamentariergespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie weiteren Experten aus den Kantonen BS, BL, AG, SO, JU und ZH, ggf. auch weiteren Kantonen des Metropolitanraums Zürich, durch.

Das erste Parlamentariergespräch dieses Jahres fand am 22. März in Aarau statt und befasste sich mit der Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der universitären Hochschulen der Schweiz.

Mit der ETH-Z, den Universitäten Zürich und Basel verfügen die Metropolitanregionen Zürich und Basel über drei der besten universitären Hochschulen der Schweiz. Diese drei universitären Hochschulen gehören insbesondere in den Life Sciences Disziplinen, der klinischen Medizin und der Pharmazie in Kontinentaleuropa zur Spitzengruppe. Auf globaler Ebene befindet sich aber keine der drei universitären Hochschulen in den Top 20.

Es besteht also Handlungsbedarf und es kann auch gehandelt werden, befinden sich doch mehrere wichtige Gesetzes- und Finanzvorlagen beim Bund in Vorbereitung resp. bereits in Behandlung im Parlament, welche die globale Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Schweiz langfristig prägen werden. Der Bund ist der wichtigste Geldgeber der universitären Hochschulen. Er finanzierte 2009 46 % der Aufwendungen; die Kantone 38 %.

Die Tatsache, dass der private Anteil an den Aufwendungen für universitäre Hochschulen in der Schweiz weltweit zu den tiefsten zählt, die öffentliche Hand aber je länger je weniger in der Lage ist, die überproportional wachsenden Bedürfnisse der universitären Hochschulen zu befriedigen – die Schweiz liegt bei den Aufwendungen bereits heute nur mehr im internationalen Mittelfeld – zeigt, wie wichtig die Frage nach alternativen Einnahmequellen für die universitären Hochschulen ist.

metrobasel hat sich mit dieser Thematik bereits früher befasst. Dr. Christoph von Arb, TRIPLEEYE, ehemaliger Wissenschaftskonsul der schweizerischen Eidgenossenschaft in Boston, eng begleitet durch eine Reihe von Experten, hat nun im Auftrag von metrobasel eine Studie erarbeitet zu

„Universitäre Hochschulen der Schweiz: mit anreizorientierten Strukturreformen in die globale Top-Liga“

Im Rahmen dieser Studie werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Stärken der universitären Hochschulen der Schweiz künftig noch viel mehr auch mit Anreizen gefördert und bestehende Hindernisse abgebaut werden können.

Die Studie macht gut begründete Vorschläge und Empfehlungen zuhanden der Bundesparlamentarier, die sich in diesem und in den kommenden Jahren mit drei Vorlagen des Bundesrates zur Hochschulförderung auseinander zu setzen haben. Die Vorlagen betreffen einerseits gesetzliche Vorgaben hinsichtlich der Vergabe der Bundessubventionen, andererseits enthalten sie Angaben über den Umfang der vom Bund zur Verfügung gestellten Subventionen in Bildung und Forschung. Ein zweites Ziel der Studie besteht darin Möglichkeiten aufzuzeigen, wie und unter welchen Bedingungen den universitären Hochschulen künftig mehr Mittel aus privaten Quellen zufließen könnten.

Die anlässlich des metrobasel Parlamentariergesprächs vom 22. März 2011 zur Sprache gekommenen Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit universitärer Hochschulen der Schweiz betreffen sieben von zehn anlässlich des metrobasel forums vom 18. November 2010 behandelten Massnahmen¹:

1. Bundesausgaben im BFI-Bereich: Mindestens +6% p.a.
2. Verstärkung der Anreize für universitäre Hochschulen, öffentliche Mittel kompetitiv einzuwerben
3. Wettbewerb/Koordination/Allianzen zwischen Hochschulkantonen, z.B. Bildung einer „Alliance alémanique“ (Kantone BS, BL, AG, SO, JU und ZH, ggf. weitere Kantone des Metropolitanraums Zürich)
4. Stärkung der Finanzkraft von Trägerkantonen mit Volluniversitäten (Revision NFA)
5. Anheben der Studiengebühren auf CHF 5'000 p.a. (gegen 10% mehr Mittel für Uni Basel) mit begleitendem Ausbau des Stipendien- und Darlehenswesens
6. Bis zu 100% Abzugsfähigkeit von Schenkungen bei Einkommenssteuern zugunsten von Universitäten
7. Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer mit bis zu 100% Abzugsfähigkeit für Schenkungen an Universitäten. Damit darf keine Erhöhung der Staats- bzw. Steuerquote verbunden sein (entsprechende Anpassung des Steuersystems)

Teilnehmende des Parlamentariergesprächs lehnen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) des Bundes in dieser Form ab.

Die metrobasel studie „Universitäre Hochschulen der Schweiz: Mit anreizorientierten Strukturreformen in die globale Top-Liga“, welche die 7 Massnahmen im Detail behandelt, bildete die Grundlage für die Debatte in diesem ersten Parlamentariergespräch (Teilnehmerliste im Anhang).

Dieses Parlamentariergespräch hat seinen Zweck erfüllt. Es hat klar aufgezeigt, dass die drei Bundesvorlagen, insbesondere das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz, die Erwartungen der Teilnehmenden an diesem hochkarätigen Parlamentariergespräch nicht erfüllen.

Es fehlen im HFKG anreizorientierte Strukturreformen, damit die Schweizer universitären Hochschulen (UH) in die globale Top-Liga aufsteigen können. Die Gesprächsteilnehmenden erachteten die in der Studie diesbezüglich gemachten Vorschläge mehrheitlich als zielführend, wobei einige Teilnehmende weiter gehen würden als die Studie. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass die UH, wenn ihnen die entsprechenden Spielräume gegeben werden, noch mehr für die Steigerung der Exzellenz tun könnten, nicht zuletzt im Bereich der Selektion (Masterstufe), der Anstellungsbedingungen für Forschende und Lehrende sowie der Führungsstrukturen.

¹ Bei den drei nicht behandelten Punkten handelte es sich um Vorschläge für universitätsinterne Reformen (8. Aufgewerteten Bachelor als Erst- /Regelabschluss positionieren; Selektion auf der Masterstufe; 9. Leistungsorientierte Ausstattung und Beförderung von Forschenden und Lehrenden; 10. Reform der Führungsstrukturen)

Es wird gefordert, dass das Schweizer Parlament vor der definitiven Verabschiedung des HFKG nochmals einen Marschhalt einlegt, um es mit einer Reihe von anreizorientierten Strukturreformen anzureichern. Ansonsten kommt es zu einer Fortschreibung der Vergangenheit und einer föderalistisch austarierten Mittelverteilung („für alle etwas“). Das Resultat wäre aus globaler Sicht ein Verharren im Mittelfeld der UH. Unabdingbar ist eine stärkere Konzentration der Mittelverwendung auf spezifische Massnahmen, welche anreizorientierte Strukturreformen beinhalten. Nur so können die besten UH in der Schweiz in ihren Kerndisziplinen zur Weltspitze aufzuschliessen.

Die sieben vorgeschlagenen Massnahmen in der metrobasel studie „Universitäre Hochschulen der Schweiz: Mit anreizorientierten Strukturreformen in die globale Top-Liga“ wurden im Parlamentariergespräch einzeln diskutiert, ohne dass es aber unter den Teilnehmenden zu einem klaren Konsens über die Wünschbarkeit jeder dieser Massnahmen kam. Konsens herrschte darüber, dass diese anreizorientierten Massnahmen relevant sein würden, um die besten Schweizer UH in die Lage zu versetzen, einen Platz in der globalen Top-Liga zu erringen.

Es gab auch mehrheitlich einen Konsens darüber, dass die Bundesausgaben für Forschung, Bildung und Innovation in den nächsten Jahren um 6 Prozent pro Jahr zunehmen sollten, dass aber gleichzeitig auf die Qualität der Bildung und des Forschungsoutputs zu achten ist. Immer wieder betont wurde, dass nicht nur die Zunahme sondern auch die Verstetigung der Bundesausgaben für die UH wichtig sei.

Weitgehende Einigkeit bestand im Teilnehmerkreis auch darin, dass es für den Wissenschaftsstandort Schweiz zentral sei, die Handlungsfähigkeit der Kantone mit Volluniversitäten zu stärken. Die Bildung von Forschungsallianzen zwischen den universitären Hochschulen hat aber eher bottom-up – ohne Intervention von Bund und Kantonen – zu erfolgen.

metrobasel wird das Thema der anreizorientierten Strukturreformen im Bereich der universitären Hochschulen der Schweiz im August 2012 wieder aufgreifen, und hofft, dass bis dann die Hochschulvorlagen des Bundes stärker mit Reformen angereichert werden, wie sie metrobasel in ihrer neuen Studie vorschlägt, und wie sie in diesem Parlamentariergespräch von den Teilnehmenden mehrheitlich unterstützt worden sind.

Die nächsten von metrobasel organisierten Parlamentariergespräche finden statt am:

- **16. August 2011 in Olten** zu „Gateway nördliche Schweiz: Erste Etappe zu einer nationalen Gateway-Strategie für die Schweiz“, Gastgeber: Kanton Solothurn, Stadt Olten und Solothurner Handelskammer
- **Februar/März 2012** zu „Schweizer Regulierungen der Banken- und Pharmabranche im globalen Wettbewerb: Aufholen gegenüber der aussereuropäischen Konkurrenz“

Teilnehmerliste Parlamentariergespräch I/2011

Dienstag, 22. März 2011, 16.30 Uhr, Kultur & Kongresshaus Aarau

Titel	Nachname	Vorname	Firma/Institution
Dr. rer. pol	Aenishänslin	Paul	metrobasel Delegierter für Bundesbeziehungen
Dr.	Böhlke	Uwe	Lonza Group Ltd, metrobasel Vorstand
Dr.	Brändli	Sebastian	Hochschulamt Kanton Zürich
Dr.iur.	Briner	Lukas	Zürcher Handelskammer
Nationalrätin	Eichenberger-Walther	Corina	FDP Aargau
Prof. Dr.	Eichler	Ralph	Präsident ETH Zürich
Regierungsrat Dr.	Eymann	Christoph	Erziehungsdepartement Kanton Basel-Stadt
Prof. Dr.	Fischer	Andreas	Rektor Universität Zürich
Dr.	Fischli	Walter	Actelion Pharmaceuticals Ltd.
Nationalrat	Füglister	Lieni	SVP Aargau
Dr.	Furer	Hans	arb Angestelltenvereinigung Region Basel
	Fürst	Roland	Solothurner Handelskammer
Dr.	Girsberger	Esther	Moderatorin
Nationalrätin	Graf	Maya	Grüne Baselland
Stadttammann Dr.	Guignard	Marcel	Stadt Aarau
Ständerat Prof. Dr.	Gutzwiller	Felix	FDP Zürich
	Hess	Samuel	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) Basel-Stadt
Prof. Dr.	Huber	Gerda	FHNW, Hochschule für Life Sciences
	Huovinen	Anja	Bildungs-, Kultur- & Sportdirektion Kanton Basel-Landschaft
Nationalrat	Jans	Beat	SP Basel-Stadt
Dr.	Koellreuter	Christoph	metrobasel
	Loosli	Kurt	Solothurner Handelskammer
	Lötscher	Kurt	ABB Schweiz AG
lic. iur.	Lüscher	Peter	Aargauische Industrie- und Handelskammer
Dr. rer. pol.	Moser	Beat U.	SGCI Chemie Pharma Schweiz
	Motschi	Jonas	Amt für Wirtschaft und Arbeit Kanton Solothurn
Dr.	Mumenthaler	Stephan	Novartis International AG
Dr.	Münch	Beat	Universität Basel
Conseil d'Etat	Probst	Michel	Département de l'Economie, de la Coopération et des Communes Jura
	Rehmann	Irene	Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF
Nationalrätin Dr.	Riklin	Kathy	CVP Zürich
lic. phil.	Rüegger	Joakim	Erziehungsdepartement Kanton Basel-Stadt
	Ruetz	Charlotte	metrobasel
	Ruetz	Regula	metrobasel Vorstand
Nationalrätin	Schenker	Silvia	SP Basel-Stadt
Dr. iur.	Schiesser	Fritz	Präsident ETH Rat
Nationalrätin	Schneider-Schneiter	Elisabeth	CVP Baselland
Dr.	Scholer	Dieter	Universitätsrat Universität Basel / Handelskammer beider

Titel	Nachname	Vorname	Firma/Institution
			Basel
Dr.	Schwendener	Peter	Finanzdepartement des Kantons Basel-Stadt
Dr.	Soiron	Rolf	verschiedene Verwaltungsrats- und Stiftungsratsmandate
	Tschopp	Olivier	Service formation des niveaux secondaire II et tertiaire Jura
Dr.	Vischer	Ulrich	Präsident Universitätsrat Universität Basel
Dr.	von Arb	Christoph	TRIPLEYE Inc.
	von Heydebrand	Maura	metrobasel
	Wanner	Peter	AZ Vertriebs AG
Dr.	Weiss	Martina	Schweizerische Universitätskonferenz
Regierungsrat	Wüthrich-Pelloli	Urs	Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Landschaft
Stadtpräsident	Zingg	Ernst	Stadt Olten
	Zust	Armin	Novartis International AG